

Wirtschaftszweig mit hohem Risiko

Interview mit Michel Brachmond, stellvertretender Direktor der Handwerkerkammer, über die Lage in der hiesigen Baubranche

Innerhalb von nur zwei Monaten meldeten zwei alteingesessene Baufirmen Insolvenz an: Pedinotti im Juni und Socimmo im August. Dabei wurden etwa 580 Menschen arbeitslos. Firmenpleiten in dieser Größenordnung sorgen natürlich für Aufsehen. Deshalb eine allgemeine Frage zu Beginn: Wie ist zur Zeit die Lage im Bausektor?

Michel Brachmond: Bis jetzt ist die Lage noch gut. Allgemein bekannt ist, dass der Bausektor sehr konjunkturanfällig ist. Wie alle anderen Sektoren hat natürlich auch die Baubranche in Luxemburg die Krise von 2008 zu spüren bekommen. Doch Ende 2009 ist die Konjunktur bereits wieder angestiegen, selbst wenn sie heute noch nicht ganz auf dem gleichen Niveau wie vor der Krise ist. Der Bausektor ist jedoch auch sehr spezifisch. Anders als im Industriesektor, wo der Preis über das Zusammenspiel von Nachfrage und Angebot geregelt wird, funktioniert die Baubranche komplett über den Preis. D. h., der billigste Anbieter kriegt normalerweise den Zuschlag ohne Berücksichtigung seiner Bauqualität, seiner Bau Erfahrung und anderer Gütekriterien.

Hat sich die Firmenpleite von Socimmo angekündigt oder kam sie aus heiterem Himmel?

M. B.: Es war schon seit geraumer Zeit bekannt, dass Socimmo in Schwierigkeiten steckte. Die Firma ist innerhalb weniger Jahre rasant gewachsen. Allerdings war

dieses Wachstum fremdfinanziert und basierte nicht auf langfristig zur Verfügung stehendem Kapital. Jeder Manager weiß, dass so etwas einem Betrieb oft das Genick brechen kann.

Socimmo hatte, der Presse nach, volle Auftragsbücher, aber Probleme im Management, hohe Schulden und ein zu schnelles Wachstum. Was genau ist in dieser Firma schief gelaufen?

Anders als im Industriesektor, wo der Preis über das Zusammenspiel von Nachfrage und Angebot geregelt wird, funktioniert die Baubranche komplett über den Preis. D. h., der billigste Anbieter kriegt normalerweise den Zuschlag [...].

M. B.: Die Bauwirtschaft ist ein Wirtschaftszweig mit enorm hohem Risiko. Natürlich kann man Preise und Kosten berechnen, da aber die Gewinnspannen gering sind, reicht oft ein kleines Sandkörnchen im Getriebe und aus einem Gewinn- wird ein Verlustgeschäft. Die Arbeiten werden normalerweise über kurzfristige Kredite vorfinanziert. Diese Praktik kann den Betrieben jedoch zum Verhängnis werden. So, davon gehe ich aus, wird es auch bei Socimmo gewesen sein: Sie hatte zwar volle Auftragsbücher und ein enormes Wachstum in ihrem Umsatz; dieses Wachstum wurde allerdings über Kre-

dite bei den Banken gehandhabt und diese waren über das Privatvermögen mancher Teilhaber garantiert. So etwas funktioniert aber nur bis zu einem bestimmten Punkt. Die Lieferanten, Zulieferer und Mitarbeiter müssen heute bezahlt werden, aber der Kunde zahlt erst in ein paar Monaten. Hier entsteht also eine Lücke. Und diese wurde immer größer: Laut mir vorliegenden Bilanzen hat Socimmo Ende 2009 ca. 15 Millionen Euro an kurzfristigen Schulden bei Banken, Lieferanten, Steuer- und Sozialamt angehäuft! Irgendwann hat es gereicht; die Kreditgeber wollten nicht mehr mitziehen. Kurz: Socimmo hat sein Wachstum schlecht gemanagt.

Welches sind die häufigsten Ursachen bei Firmenpleiten in der luxemburgischen Baubranche?

M. B.: Ich würde sagen, dass Insolvenzen größtenteils auf Managementfehler und auf einen flagranten Mangel an betriebswirtschaftlicher Qualifizierung zurückzuführen sind. Das gilt jedoch nicht nur für die Baubranche. Vor allem auch der Handel-, Horesca- und Dienstleistungsbereich, der größtenteils aus Mikrofirmen (< 9 Beschäftigte) besteht, ist stark betroffen. Viele Betriebsinhaber denken, was sie abends in der Kasse haben, gehöre ihnen. Dabei gehören ihnen davon bestenfalls 10%. Den Rest sind sie ihren Mitarbeitern, ihren Lieferanten, ihrem Vermieter, dem Steueramt, der Sozialversicherung und den Banken schuldig.

Worauf hat eine Firma strukturell zu achten, wenn sie schnell wächst?

M. B.: Das Wachstum sollte möglichst über Eigenmittel finanziert werden. Das funktioniert natürlich in der Bauwirtschaft schlecht, da hier eine relativ kleine Umsatzrendite und ein eher geringer Gewinn erwirtschaftet werden, eben durch das System des billigsten Preises. Dies ermöglicht den Baufirmen jedoch oft nicht, eigenes Kapital aufzubauen und sich so besser gegen Insolvenzen zu schützen. Der Insolvenzprozess beim Bau ist folgender: Eine Firma finanziert sich über Kreditlinien. Wenn die Bank nicht mehr über das festgesetzte Limit hinausgehen will, „leiht“ die Firma sozusagen bei der Steuerverwaltung und Sozialversicherung. Das ist ein sehr teurer Kredit: 0,6% Verzugszinsen im Monat. Fängt eine Firma mit solchen „Spielereien“ an, heißt das, dass sie kein Bankdarlehen mehr bekommt.

Was kann von staatlicher Seite unternommen werden, um eine Firmenpleite dieser Größenordnung abzuwenden bzw. vorzubeugen? Müssten nicht bei den Behörden die Alarmglocken schlagen, wenn Firmen Anträge stellen, um die Sozialversicherungsbeiträge oder die Mehrwertsteuer später zu bezahlen?

M. B.: Es gibt seit jeher einen gesetzlich festgelegten Mechanismus: Bei den öffentlichen Ausschreibungen von Staat und Gemeinden – der Bau macht übrigens 50% seines Umsatzes mit Staat und Gemeinden – müssen Firmen, bevor sie den Zuschlag bekommen, eine Bescheinigung der Sozialversicherung und Steuerverwaltung vorlegen, dass sie ihre Beiträge ordnungsgemäß gezahlt haben. Ist dies nicht der Fall, dürfen sie den Zuschlag nicht bekommen. Trotzdem halten sich Staat und Gemeinden nicht immer an diese Regel... Und zwar aus einem einfachen Grund: Diese Firmen schlagen dem öffentlichen Auftraggeber oft einen sehr attraktiven Preis vor!

Das Gesetz wird also nicht konsequent angewendet?

M. B.: Normalerweise dürften diese Firmen den Zuschlag nicht bekommen. Allerdings wurde das Gesetz über die öffentlichen Ausschreibungen 2009 gelockert.

Früher erhielten die Firmen, welche Schulden bei der Sozialversicherung hatten, keine Bescheinigung. Heute reicht es, dass die Baufirmen den mit dem Enregistrement oder der Sozialversicherung ausgehandelten Zahlungsplan einhalten, um eine Bescheinigung ausgestellt zu bekommen. Übrigens können im Prinzip auch private Bauherren solche Bescheinigungen von den Firmen verlangen, schließlich liegt es ja auch in ihrem Interesse mit einer Baufirma zusammenzuarbeiten, die nicht von einer Insolvenz bedroht ist.

Gibt es noch andere Gegenmaßnahmen?

M. B.: Es gibt noch eine Prozedur, die sogenannte „gestion contrôlée“. Diese wird allerdings äußerst selten in Luxemburg angewendet, auch weil sie nicht gut organisiert ist.

Können Sie erklären, wie eine solche „gestion contrôlée“ funktioniert?

M. B.: Bei der „gestion contrôlée“ wird ein externer Kommissar eingesetzt, der versucht, die angeschlagene Firma wieder zum Laufen zu bringen. Allerdings müssen die Probleme früh genug erkannt werden, damit die Firma überhaupt eine Überlebenschance hat. Der Kommissar versucht dann das Beste aus der Situation herauszuholen und prüft, ob es noch

Sinn macht, die Firma (oder Teile davon) weiterzuführen und eine Reorganisation einzuleiten oder die Aktiva zum bestmöglichen Preis zu verkaufen und so den Betrieb abzuwickeln.

Wie reagieren die Unternehmen auf einen externen Konkursverwalter?

M. B.: Ich kann mir gut vorstellen, dass Firmenchefs mit einem solchen externen Konkursberater, der ihnen vorschreibt, wie sie ihre Firma ab jetzt zu leiten haben, ihre Probleme haben. Immerhin trägt ein Firmenchef ein großes Risiko und eine soziale Verantwortung, und die meisten sind sich dieser Situation auch bewusst. Der Firmenchef gibt den Menschen Arbeit und erwirtschaftet deren Gehalt. Das muss ihn ja auch motivieren, vor allem bei kleinen Firmen, die oft so etwas wie eine Familie bilden. Selbst bei Firmen, die 100 Leute beschäftigen, kennt der Firmenchef oft noch seine Mitarbeiter persönlich. Das ist etwas Anderes als bei großen Industriebetrieben, wo alles anonym abläuft.

Wenn bezüglich der „gestion contrôlée“ eher mit Widerstand seitens der Firmen zu rechnen ist, müsste der Staat dann nicht strenger eingreifen?

M. B.: Es müsste eine Reform des gesamten Insolvenzgesetzes vorgenommen



werden und eben auch der „gestion contrôlée“, damit diese verbindlicher wird und schneller durchgeführt werden kann, wenn die ersten Warnsignale aufleuchten. Natürlich müsste auch überlegt werden, was als Warnsignal interpretiert werden soll. Die Stundung bei der Sozialversicherung könnte ein solches sein.

Déi Lénk haben die Verstaatlichung der Socimmo in einer Pressemitteilung gefordert. Diese könne als Kernstück einer öffentlichen Baugesellschaft dienen, insbesondere im sozialen Wohnungsbau und bei der Renovierung von Altwohnungen.

M.B.: Vom Verstaatlichungsvorschlag von Déi Lénk halten wir gar nichts. Wir sind für die soziale Marktwirtschaft und nicht für den kommunistischen Staatsmonopolkapitalismus. Wir haben ja gesehen, zu was dieser führt.

Was passiert eigentlich mit den Baustellen der Pleite-Firmen? Was bedeutet die Insolvenz konkret für den Bauherrn?

M.B.: Für die betroffenen Bauherren ist das tatsächlich eine unglaublich nervige Situation. Die Fertigstellung der Baustelle verzögert sich um Monate und verursacht eine Menge Mehrkosten. Handelt es sich z. B. um den Bau eines Privathauses, muss sich der Auftraggeber einen neuen Bauunternehmer suchen. Normalerweise greift er auf eines der bereits eingeholten Angebote für den Bau des Hauses zurück. Natürlich stellt sich dann wiederum die Frage, ob die neue Firma überhaupt Zeit hat oder gewillt ist, das Projekt zu übernehmen, denn sie weiß ja nicht, in welchem Zustand sich der Bau befindet und welche Qualität verbaut wurde.

Was passiert mit den Arbeitern der insolventen Firmen? In der Vergangenheit konnten betroffene Arbeiter schnell bei anderen Baufirmen unterkommen. Nun handelt es sich jedoch um 470 Mitarbeiter auf einen Schlag. Das scheint mir sehr viel. Wie realistisch ist eine schnelle Neuanstellung für diese Menschen?

M.B.: Die Bauprojekte müssen ja weitergeführt werden, die Bauherren drängen darauf. Die Arbeiter werden also gebraucht und daher von den anderen Firmen über-

nommen. Immerhin haben wir über 550 Bauunternehmer in Luxemburg.

Aber riskieren diese Firmen, die 10, 20 Arbeiter übernehmen, dann nicht auch zu schnell zu wachsen? Die Übernahme dieser Leute verursacht ja Mehrkosten.

M.B.: Diese Firmen wachsen ja nicht unbedingt in dem selben Maß wie Socimmo. Socimmo hatte mehrere größere Bauprojekte. Wenn ein anderes Unternehmen eines dieser Projekte übernimmt, übernimmt es gleichzeitig das Arbeiterteam vor Ort, weil ihr eigenes Personal nicht ausreichen würde.

Die Konkurrenz aus der Großregion ist relativ stark. Etwa 15 % des Umsatzes im hiesigen Bau werden von ausländischen Firmen ohne Firmensitz in Luxemburg erwirtschaftet.

Heißt das, dass die Arbeiter mit einer festen Anstellung rechnen können? Oder handelt es sich um befristete bzw. Zeitarbeitsverträge?

M.B.: Ich denke, dass die meisten Firmen fest einstellen werden, es gibt ja auch genügend Arbeit. Bei den wirklich guten Arbeitern geht das sehr schnell. Die sind meiner Meinung nach auch schon untergekommen. Socimmo war nämlich für seine Spezialisten im Bereich Beton bekannt. Allgemein ist der Bau nämlich ein solidarischer Sektor, eben auch, weil alle begonnenen Projekte weitergeführt werden müssen. Für diejenigen aber, die weniger qualifiziert sind, die Sozialfälle sozusagen, die bisher im Betrieb mit durchgezogen wurden, sehe ich eher schwarz.

Und wie steht es um die Angestellten aus der Verwaltung?

M.B.: Die Baufirmen sind immer auch auf der Suche nach Angestellten. Das Handwerk braucht ebenfalls Ingenieure, Juristen, Informatiker oder Vermesser. Qualifizierte Leute werden dauernd gesucht.

Scheinbar ist auch der Konkurrenzdruck aus der Großregion gewachsen. Wie schätzen Sie diese Konkurrenz ein?

M.B.: Die Konkurrenz aus der Großregion ist relativ stark. Laut unseren Informationen werden etwa 15 % des Umsatzes im hiesigen Bau von ausländischen Firmen ohne Firmensitz in Luxemburg erwirtschaftet. Ich habe Ihnen ja erklärt, wie man auf den Markt gelangt, eben indem man der Billigste ist. Eine Zeit lang war z. B. die Praxis verbreitet, dass deutsche Unternehmen Aufträge mit Handwerkern aus Polen durchgeführt haben, die erfahrungsgemäß viel billiger arbeiteten. Die Folge war natürlich, dass die Preise kaputt gemacht wurden und die anderen nachziehen mussten, um weiterhin Aufträge zu erhalten – ein Teufelskreis. Ich habe deshalb immer gefordert, dass wir uns nicht mehr nur am billigsten Preis orientieren, sondern an der sogenannten „offre économiquement la plus avantageuse“ oder am wirtschaftlichsten Angebot. Die Kriterien müssen umdefiniert werden, die Referenzen, die Qualität der Ware und der Verarbeitung etwa müssten strenger nachgeprüft werden. Beim Bau von technischen Installationen könnte man etwa auch verlangen, dass die Firma für den Unterhalt aufkommt oder dass sie einen Notfalldienst einrichtet, um zügig Reparaturen vorzunehmen. Auf diese Weise könnten von vornherein manche Firmen ausgeschlossen werden.

Hat die Handwerkskammer vor, infolge der Socimmo-Insolvenz Reformen zu fordern?

M.B.: Ja, das haben wir. Wir führen zur Zeit eine Studie über die Insolvenzgründe durch. Darin weisen wir auch Wege auf, wie das Insolvenzrecht reformiert werden könnte. Die Studie hat bisher ergeben, dass einer der Hauptgründe für Insolvenzen tatsächlich Inkompetenz in der Betriebsführung ist. Viele schieben das Problem vor sich her und stecken den Kopf in den Sand, statt so schnell wie möglich bei unseren Beratern Hilfe einzuholen. Meistens suchen sie uns auf, wenn ihnen das Wasser bereits bis über die Nase steht.

Vielen Dank für das Gespräch. ♦

(Das Interview fand am 11. August 2011 statt. LH)